GENDER OPEN REPOSITORIUM

Das Vermächtnis: Angela Merkel und die Transformation des deutschen Gender Regimes. Ein Essay

Mushaben, Joyce Marie

2021

https://doi.org/10.25595/3745

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mushaben, Joyce Marie: *Das Vermächtnis: Angela Merkel und die Transformation des deutschen Gender Regimes. Ein Essay*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 30 (2021) Nr: 2, 157–165. DOI: https://doi.org/10.25595/3745.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v30i2.13

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Das Vermächtnis: Angela Merkel und die Transformation des deutschen Gender Regimes. Ein Essay

JOYCE MARIE MUSHABEN

Im Gegensatz zu ihren männlichen Vorgängern wollte Angela Merkel nicht darauf warten, zum ‚politischen Schiffswrack' zu werden, bevor sie sich entschloss, aus der Politik auszusteigen (Koelbl 1999). Am 29. Oktober 2018 war sie soweit und hat ihren Rücktritt zum Ende der Legislaturperiode in ihrer üblichen ruhigen, würdevollen Art verkündet. Nachdem sie Kohls Christdemokratischer Partei beigetreten war, wurde Merkel selten als Vertreterin ostdeutscher Interessen wahrgenommen – auch deshalb, weil sie sich nicht als Ostdeutsche darstellte. Ebenso wenig wollte sie sich als Feministin bezeichnen.

Nach ihrem kompletten Ausschluss von den Einigungsverhandlungen waren ostdeutsche Frauen durch die Abschaffung des legalen Schwangerschaftsabbruchs und die Eliminierung einer Fülle von Sozialleistungen besonders geschockt und erschüttert. Angesichts der zahlreichen, langjährigen Konflikte zwischen unterschiedlichen Strömungen des westdeutschen Feminismus (liberal, sozialistisch, radikal-autonom) waren die BRD-Aktivistinnen zu sehr damit beschäftigt, das Patriarchat und sich gegenseitig zu kritisieren, um pragmatische Ein-Themen-Koalitionen gemeinsam mit ostdeutschen Frauen zu verfolgen (Mushaben 1989). Durch kulturelle Missverständnisse frustriert, zogen sich beide Gruppen innerhalb weniger Jahre nach der Vereinigung in ihre getrennten Nischen zurück, mit dem beiderseitigen Gefühl, verraten worden zu sein (Miethe 2005; Rohnstock 1994; Bock 2019). Als Merkel 1990 als Frauenministerin in das Kabinett Kohl katapultiert wurde, verstand sie die Ressentiments, die ihre Ernennung auslöste, und erkannte, dass sie bei einer Identifikation mit einer Sorte Feminismus gegenüber einer anderen ‚verdammt wäre, wenn sie es täte und verdammt, wenn sie es nicht täte'.

Kann eine einzige Frau wirklich etwas bewirken? Ich behaupte, dass Merkel trotz ihrer christdemokratischen Zugehörigkeit mehr für die Gleichberechtigung getan hat als alle vorherigen deutschen Bundeskanzler zusammen. Sie wurde 2017 zum vierten Mal wiedergewählt, wodurch sie mehrmals gezwungen wurde, neue Koalitionskonstellationen zu bewältigen, die oft durch parteipolitische und persönliche Konflikte zwischen männlichen Kabinettsmitgliedern erschwert wurden. Die Tatsache, dass sie nicht-feministische Motive für die Einführung einer geschlechtersensiblen Politik gehabt haben mag, schmälert nicht die realen, alltäglichen Verbesserungen, die sie als Kanzlerin initiiert hat.

Merkels „35 langweilige Jahre" im Wartesaal der Demokratie haben sie mit einer einzigartigen Bandbreite von Fähigkeiten ausgestattet (Grunenberg 2009). Ihre DDR-Sozialisation in den 1950er- und 1960er-Jahren, ihre Arbeit als Physikerin in den 1970er- und 1980er-Jahren und ihre politische Umerziehung in der Alphamännchen-Parteiarena der BRD nach 1990 haben sie zu einer effektiven Führungspersönlichkeit

https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v30i2.13

gemacht. Ihre protestantische Erziehung als Pastorentochter in einem ‚gottlosen' Staat förderte ein starkes Engagement für Menschenrechte und Freizügigkeitsnormen. Ihre Erfahrungen als Angestellte unter einem sozialistischen Geschlechterregime und ihre Abneigung gegen konfrontative, ideologische Positionen nach der DDR flossen in ihren Führungsstil ein, während in Fragen der Programmgestaltung und -evaluierung klar die Physikerin am Werk war. Ihre Ost-West-Resozialisierung beeinflusste die politische Substanz, wobei sie sich inhaltlich zunehmend SPD/Grünen-Präferenzen annäherte, z.B. in Bezug auf Kernenergie und Klimawandel.

Das eher pro-natalistische als egalitäre Geschlechterregime der DDR half Frauen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, trug aber nicht dazu bei, die geschlechtliche Arbeitsteilung neu zu definieren. DDR-Frauen genossen emanzipatorische Maßnahmen, um die sie westdeutsche Frauen beneideten: kostenlose Schwangerschaftsverhütung, legale Abtreibung, großzügiger Mutterschaftsurlaub, umfassende Kinderbetreuung, Zugang zu nicht-traditionellen Berufen und sogar ein bezahlter monatlicher „Haushaltstag" (zum Putzen). Dies erklärt warum Merkel nicht dazu in der Lage war, die bezahlte Beschäftigung von Frauen und subventionierte Betreuungseinrichtungen als radikal feministische Forderungen zu betrachten.

Die Kanzlerin baute Brücken zwischen Ost und West, indem sie eine neue gesamtdeutsche Politik auf alte Wurzeln pfropfte. Die EU-verordnete Vereinbarkeitspolitik, die sie nach 2005 einführte − unterstützt von einer weiteren Nicht-Feministin, Ursula von der Leyen − ähnelte der DDR-Politik, die durch die Wiedervereinigung abgeschafft wurde (Lang 2017). Ihre gemischten, pragmatischen Motive zogen neue Interessengruppen an, wie beispielsweise große und kleine Unternehmer_innen, die von einem qualifizierten Arbeitskräftemangel betroffen waren. Merkel verband die Gleichstellung der Geschlechter mit der Sorge um ein zunehmendes demografisches Defizit und der Notwendigkeit, die Job-Chancen für Nachkommen von Migrant_innen zu verbessern. Ironischerweise ist ein wesentlicher Teil des DDR-Genderregimes zur neuen Normalität geworden.

Merkels erste Große Koalition gewährte 2008 einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für über Dreijährige, der 2013 auf Einjährige ausgeweitet wurde. Im selben Jahr erklärte sie, dass wirkliche Gleichberechtigung nur erreicht werden kann, „wenn sowohl Männer als auch Frauen ihre Rollen und Verhaltensweisen ändern" (Merkel zitiert in Mushaben 2017). Seit 2015 können sich beide Eltern 36 Monate bezahlten Urlaub in unterschiedlichen Formen (Basiselterngeld + ElterngeldPlus + Partnerschaftsbonus) nach der Geburt oder Adoption teilen, bis zum achten Geburtstag des Kindes (BMFSFJ, 2020). Diese neuen Garantien haben den ersten Baby-Boom seit 1964 ausgelöst, der einen krisenartigen Mangel an Hebammen und Kinderärzt_innen zur Folge hatte. Während das durchschnittliche Gebäralter im Osten von 24,6 Jahren (1990) auf 29,2 Jahre (2019) gestiegen ist − gegenüber 30 Jahren im Westen − hat sich auch die gesamtdeutsche Betreuungsquote für Vorschulkinder (3-5 Jahre) erhöht: 94,2% im Osten, 92,7% im Westen; die Quoten für Kleinkinder unter 3 Jahren liegen bei 52,1% bzw. 30,3% (Kopplin 2020, 74).

Die Geschlechterrollen verändern sich: Der Anteil der Männer, die Elternzeit nehmen, stieg von 3% (2009) auf 36% (2015) und hat im Jahr 2020 etwa 462.000 Männer (durchschnittlich 3,7 Monate) erreicht. Expert_innen behaupten, dass die Quote 50% erreichen könnte, wenn Frauen und Männer gleich bezahlt würden. In Sachsen liegt die Inanspruchnahmequote bei 30%, in Berlin und Bayern bei 27,2% (2020); 552.000 Eltern (57,8% in Jena, Thüringen) nahmen das schlechter bezahlte Elterngeld Plus in Anspruch. Rund 60% der Eltern mit Kleinkindern unter 3 Jahren sind der Meinung, dass sich Männer und Frauen die Aufgaben in Familie und Haushalt teilen sollten: 78% (Ost) und 57% (West) befürworten die „Vereinbarkeit" von Beruf und Familie (FAZ, 25.03.2021).
Im Jahr 2018 waren über 71% aller deutschen Frauen erwerbstätig, 12% mehr als 2005. Vor der Covid-Pandemie lag der Frauenanteil im Osten wieder bei 49,3%. Das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern bleibt bestehen: 7% weniger als Männer verdienen Frauen in Ostdeutschland, 22% Frauen in Westdeutschland. Lohnparität in Osten gibt es immer noch nicht (85% der Westgehälter), aber die ostdeutsche Frauen genießen höhere Renten, weil sie mehr Jahre Vollzeit gearbeitet haben. Frauen, die unfreiwillig Teilzeit arbeiten müssen, erhielten durch das Mindestlohngesetz 2015 eine Lohnerhöhung von 7%. Die allgemeine Erwerbstätigkeit von Müttern stieg von 60% (2006) auf 67 % (2016), bei den Müttern mit Kindern unter zwei Jahren von 32% auf 44%; 43% der Mütter im Osten arbeiten Vollzeit (36 oder mehr Stunden pro Woche), in den alten Bundesländern sind es 20%. Vier Fünftel der alleinerziehenden Mütter im Osten arbeiten mindestens 28 Stunden pro Woche, gegenüber 59% im Westen. Die EU-Mandate zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Förderung von Frauen in MINT-Bereichen (Mathematik, Ingenieur- Natur- und Technikwissenschaften) werden im Osten als Rückkehr zu vertrauter DDR-Politik wahrgenommen. Für westdeutsch sozialisierte Frauen hingegen sind dies neue materielle Rechte, die einen großen Sprung in Richtung Gleichberechtigung bedeuten.
Merkels frauenpolitisches Vermächtnis fällt entlang dreier Hauptachsen, im Zusammenhang mit deskriptiver, substanzieller und transformativer bzw. symbolischer Repräsentation aus. Was die real-politische Darstellung betrifft, so hat sie in den 16 Jahren, in denen sie das Staatsschiff steuerte, eine definitive Antwort auf die größere demokratische Frage gegeben: Wer ist geeignet, Deutschland zu regieren? Die Antwort lautet jetzt: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Nachdem sie 1999 Kohl im Alleingang vom Thron gestoßen hatte, stieg sie schnell an die Spitze der CDU und führte die Opposition während der siebenjährigen rot-grünen Regierung. Als männliche Konkurrenten ihr 2002 das Recht absprachen, als Parteivorsitzende um die Kanzlerschaft zu konkurrieren, schlug sie sie mit ihren eigenen Waffen, indem sie einen Deal mit Edmund Stoiber einging (im Detail nachzulesen in Mushaben 2017) und Friedrich Merz von seinem Posten als Fraktionsvorsitzenden verdrängte. Heutzutage räumt die Kanzlerin ein, dass sich ihr „Blick für die Benachteiligung, die auf Frauen zukommt" erweitert hat, weil sie durch ihre unterschiedlichen Ämter „Einsichten in sehr viele Lebensbereiche bekam" (Merkel zitiert in Hensel, 2019).

Ihre diversen, zum Teil auch überparteilichen weiblichen Verbündeten, insbesondere Ursula von der Leyen und Annegret Kramp-Karrenbauer, haben zwar sehr unterschiedliche Lernkurven hinter sich gebracht, konnten dennoch aus eigener Kraft etliche Erfolge erzielen (Mushaben 2021). Von der Leyen hat vor ihrer überraschenden Beförderung zur EU-Kommissionspräsidentin trotz starker unionsinterner Widerstände wichtige Reformen zur Gleichstellung der Geschlechter in drei Ministerien eingeführt. Nicht einmal die Bundeswehr lässt sich heutzutage exklusiv als ‚a real man's world' bezeichnen. Kramp-Karrenbauer sicherte sich die erste absolute Mehrheit der CDU im Saarland und startete eine landespolitische Initiative zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bevor sie zur Bundesvorsitzenden gewählt wurde.

Numerisch gesehen hat sich die Repräsentation von Frauen in führenden parteipolitischen Positionen erheblich verbessert. Obwohl sie ursprünglich gegen Quoten jeglicher Art war, revidierte die Kanzlerin ihre Position nach der Euro-Krise (verursacht durch das Fehlverhalten von Männern und von Männern geleiteten Banken) und akzeptierte 2014 verbindliche 30-Prozent-Ziele, obwohl sie kürzlich eine härtere 40-Prozent-Regelung der EU blockierte. Anlässlich des 100-jährigen Jubiläums des Frauenwahlrechts im November 2018 erklärte die Kanzlerin: „Fortschritte für Gleichberechtigung, Gleichstellung und Gleichbehandlung ließen und lassen oft lange auf sich warten – zu lange... Die Quoten waren wichtig, aber das Ziel muss Parität sein − Parität überall, ob in der Politik, in der Wirtschaft, in der Verwaltung und eben auch in der Wissenschaft und im Übrigen auch im kulturellen Bereich" (Merkel 2018).

Bei der Bundestagswahl 2017 traten vier Ost-Spitzenkandidatinnen an: Sahra Wagenknecht, Katrin Göring-Eckardt, Frauke Petry und Angela Merkel (Hähnig et al. 2017). In der anschließenden Elefantenrunde hat es mit Katrin Göring-Eckhardt (Bündnis 90/Grüne) und Katja Kipping (Die Linke) zwei Co-Vorsitzende aus den östlichen Ländern gegeben. Der Frauenanteil in Merkels ersten drei Kabinetten lag bei über 40%. Im Wahljahr 2021 tritt mit Annalena Baerbock (Bündnis 90/Grüne) eine weitere Kanzler-Kandidatin an; sogar die AfD bietet Alice Weidel als ihre Spitzenkandidatin an. Franziska Giffey strebt als SPD Spitzenkandidatin das Amt der Regierenden Bürgermeister_in in Berlin an. Die Linke hat mit Janine Wissler (Hessen) und Susanne Hennig-Wellsow (Thüringen) nun zwei weibliche Co-Vorsitzende. 2021 wurde Malu Dreyer (SPD) für eine zweite Amtszeit als Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz wiedergewählt. Die ehemalige Bundesministerin Manuela Schwesig (SPD) dient seit 2017 als Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Der Generationswechsel hat sicherlich dazu beigetragen, dass sich immer mehr Frauen politische Machtpositionen zutrauen. Nichtsdestotrotz: Merkels erstaunlicher Marsch durch die Institutionen hat wahrhaftig dazu gedient, viele Türen für andere Frauen aufzuschließen.

Zeitgleich mit der Merkel-Ära haben die Ost-Frauen die West-Frauen sowie ihre männlichen Landsleute beim Erreichen der Spitze überholt, trotz der eklatanten Unterrepräsentation von Ostdeutschen (1,7 %) unter allen BRD-Eliten. 2019 waren drei

von vier östlichen Vorstandsmitgliedern (von insgesamt 193) in 30 DAX-Konzernen weiblich, während auf zehn westliche Männer nur eine West-Frau in den Chefetagen zu finden war. Bei den 100 größten Unternehmen im Westen sind 2% der Führungspersonen Frauen, bei den 100 größten Firmen im Osten sind es 9%. Mit Ines Haertel ist 2020 zum allerersten Mal ein gebürtige_r Ostdeutsche_r in das Bundesverfassungsgericht eingezogen; zum ersten Mal sind Richterinnen im obersten Gericht in der Mehrheit (9: 7).

Tabelle 1: Ostdeutsche und westdeutsche Frauen in Machtpositionen (in %)

Bereich/Institution	Zeitraum	Frauen insgesamt	Frauen-Anteil an allen Ostdeutschen	Frauen-Anteil an allen Westdeutschen
Politik				
Bundesregierung	1990–2019	162	71%	28%
Bundestag	2019	709	34%	30%
Staatssekretärinnen	1990–2019	400	20%	21%
Parteivorsitzende	1990–2019	59	73%	27%
Landesregierungen	2019	172[a]	36%[b]	39%[a]
Landtage	2019	1.877[a]	32%[a]	30%[a]
Wirtschaft				
DAX Vorstände	2019	193[c]	75%	10%
Arbeitgeberverbände	2019	37	50% (n=2)	8%
Gewerkschaften	2019	29	17%	9%
Umsatzstärkste Konzerne	2019	277		
100 Ost-Unternehmen			9%	
100 West-Unternehmen				2%
IHK Präsidium (Durchschnitt)	2019	jeweils 9	23%	20%
Justiz				
Bundesrichterinnen	2019	348	43%	34%
Landesrichterinnen	2019	3.000	48%	38%
Hochschulen (100 größte)				
Rektorinnen/Präsidentinnen	2019	–	100% (n=1)	20%
Hochschul-Kanzlerinnen	2019	–	50%	24%

a) ohne Berlin; b) Alle dienen im Osten oder Berlin; c) 18% der CEO-Frauen sind ausländischer Herkunft.

Quelle: Schönherr/Jacobs 2019

Was die inhaltliche, substantielle Repräsentation betrifft, so ist Merkels zweiter großer Beitrag zur Berliner Republik ihre erfolgreiche Modernisierung der CDU selbst gewesen. Viele Maßnahmen, die sie während ihrer vier Amtszeiten ergriffen hat, stehen in direktem Gegensatz zu denen, die ihr früherer Mentor Helmut Kohl vertreten hatte. Dazu gehören der Ausstieg aus der Atomenergie, die Einführung von Vereinbarkeitspolitik und Quoten in Unternehmen, die Förderung der Rechte von Lesben und Schwulen sowie eine aktive Migrations-, Integrations- und Asylpolitik. Während sie von ihrem SPD-Vorgänger blockiert wurde, verabschiedete Merkels erste Große Koalition 2006 das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und schuf eine Bundesstelle zur Überwachung von Diskriminierung. Ihr laufender Nationaler Integrationsplan (seit 2007) liberalisierte das Aufenthalts-, Ausbildungs- und Arbeitsrecht auch für abgelehnte Asylbewerber_innen (vor der 2015 Flüchtlingskrise, wohlgemerkt) und fügte Mechanismen zur Umsetzungskontrolle hinzu. Frauen und Kinder haben jetzt ein Recht auf Asyl, abgekoppelt vom jeweiligen Familienvater. Obwohl sie persönlich gegen das Ehe für Alle Gesetz von 2017 war, ließ sie die CDU-Abgeordneten nach ihrem Gewissen abstimmen und sicherte eine Mehrheit für dessen Verabschiedung; es wurde von einem liberalen Transsexuellen-Gesetz begleitet. Sie trieb die CDU/CSU dazu an, mit ihrer Kinder-Küche-Kirche-Philosophie zu brechen und initiierte Programme, um die Präsenz von Frauen und Minderheiten in MINT-Bereichen zu erhöhen.

Als Vorsitzende des G20-Gipfels 2017 war Merkel das erste Staatsoberhaupt der Welt, das die Empfehlungen des Women-20-Dialogs in die offiziellen G20-Schlussfolgerungen aufnahm, in denen die Stärkung der Rolle der Frau in der Wirtschaft weltweit gefordert wird. Sie gibt nun offen zu, dass sie während der Kohl-Jahre sexistischer Behandlung und Anti-Ost-Stereotypen ausgesetzt war, meist von konservativen Kollegen (Mushaben 2017, 23-33). Sie bewahrte ihr ruhiges Auftreten und ihren ironischen Humor angesichts offen abwertender Bezeichnungen (z.B. „Kohls Mädchen", „Ossie-Biene mit der Poker-Miene"), auch in schwierigen Zeiten („Schwarze Witwe", „Königsmörderin"). Sie zuckte nicht zurück, als sie 2005 im Wahlkampf mit *Kan(n)-di-dat?* verspottet wurde, mit You-Tube-Karikaturen und später mit dem Versuch, ihre Macht als „Mutti Merkel" herunterzuspielen. Obwohl männliche Experten sie immer noch auf allen Ebenen kritisieren, kommentieren sie nicht mehr ihre Kleidung, ihre Haare oder ihr Dekolleté. Die zwölfmalige Kür zur *World's Most Powerful Woman* hat sich als sehr wirksames Schutzschild gegen explizit sexistische Angriffe erwiesen.

Obwohl sie im Inland weniger geschätzt wird als im Ausland, punktet Merkel auch bei der transformativen oder symbolischen Repräsentation. Sie hat Deutschland vom regionalen Theater auf die globale Bühne gebracht. Im Vergleich zu anderen EU-Staaten hat Merkels ehrliche, auf Daten basierte Herangehensweise an multiple Krisen die nationale Wirtschaft auf Kurs gehalten, trotz einer globalen Pandemie. Während Deutschlands Export- und Job-Boom vor dem Covid-19 Ausbruch begonnen hatte, die ungleiche Verteilung von Löhnen, Wohlstand und Chancen

zwischen den älteren und jüngeren Bundesländern zu mildern, wird es ein weiteres Jahrzehnt großer Investitionen brauchen, um die strukturellen Schwächen zu überwinden, die durch die Treuhand-Privatisierung bzw. Korruption verschärft wurden (Fröhlich und Schönherr 2020; BIBH, 2020). Schon ihr Wahlkampfplakat von 2009 hatte eine eindringliche Botschaft an die Frauen gesendet: *Wir haben die Kraft.* Ihr Lieblingssatz*„Wir schaffen das"*, hat einen längst überfälligen Can-do-Spirit in die deutsche politische Arena gebracht, der sich keineswegs auf die Flüchtlingskrise beschränkte.

Als Außenstehende, die seit über 40 Jahren in Deutschland studiert, gelebt und geforscht hat, würde ich nunmehr argumentieren, dass Merkel auch eine neue Grundlage für die Identifikation von Frauen mit der Nation geschaffen hat. Historisch gesehen haben Frauen im Allgemeinen und Feministinnen im Besonderen immer ein schwieriges Verhältnis zu einem ebenso schwierigen Vaterland gehabt. Merkel hat oft auf ihre eigene Lebensgeschichte zurückgegriffen, um die Menschen im Westen davon zu überzeugen, dass auch sie viele positive Gründe haben, sich mit dem vereinten Deutschland zu identifizieren. Wie sie 1993 bemerkte, „haben wir Deutschen ein sehr verkrampftes Verhältnis zu der Frage, ob wir unser Vaterland lieben dürfen. Besonders in den alten Bundesländern (sic). Es hilft uns nicht weiter, wenn wir so tun, als hätten wir keinen Bezug zu unserem Land und trauen uns nicht einmal zu sagen, dass wir uns hier zu Hause fühlen" (Merkel zitiert in Mushaben 2017, 309).

Seit 2017 hat Merkels Reformbereitschaft zweifelsohne nachgelassen, eine Entwicklung, die sich nur zum Teil durch Koalitionsdynamiken oder durch die Covid-Pandemie erklären lässt. Das heißt jedoch nicht, dass ihre bisherigen Leistungen nunmehr unterschätzt werden dürfen: Sie hat das Land durchaus transformiert und modernisiert – zum Besseren. Obwohl es vielen deutschen Feministinnen immer noch schwerfällt, zu akzeptieren, dass eine CDU-Kanzlerin als außergewöhnliches Vorbild für das gesamte politische Spektrum dienen könnte, sind viele jüngere Frauen von ihrer Führung inspiriert worden. Für diejenigen, die nach 2000 geboren sind − die diesjährigen Erstwählerinnen − ist Merkel die einzige Kanzler_in, die sie je gekannt haben. Wie mir viele sozialliberale Frauen aus meiner eigenen Generation gestanden haben, haben sie auch Merkels Reformen unterstützt, indem sie zum ersten Mal die CDU gewählt haben, wenn auch nur vorübergehend. Ich glaube, Jana Hensel (Jahrgang 1976) hat es am besten gesagt:

> Mein Deutschland-Gefühl, es ist in Wahrheit ein Angela-Merkel-Gefühl. Ich bin in dieses Gefühl eingezogen wie andere in ein Haus. Ich habe darin genauso selbstverständlich gewohnt wie auch das Kind. Es ist uns mit den Jahren wie zu einer zweiten Haut geworden. Ist es nicht das, was wir Heimat nennen? (…) Dass ihr „Wir schaffen das"-Satz das größte Kompliment gewesen ist, dass sie uns machen konnte. Sie hat uns Deutschen damit ein Stück ihrer Größe und Würde als Auftrag zurückgegeben. Und wir werden es schaffen, nun auch ohne sie (Hensel 2018).

Als feministische Politologin und demokratisch mitstreitende Bürgerin US-Amerikas werde ich Angela Merkel sehr vermissen.

Literatur

Bock, Jessica, 2019: Kein einig Schwesterland. Über die bestehende Un-Einigkeit zwischen ost- und westdeutscher Frauenbewegung. In: Femina politica 28 (2): 121-130.

Bundesministerium fur Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2020: Elterngeld, Elterngeld-Plus und Elternzeit. Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz. Internet: https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/elterngeld-elterngeldplus-und-elternzeit--73770 (30.7.2021).

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 2021: Zahl der Männer in bezahlter Elternzeit leicht gestiegen, 25.3.2021. Internet: https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/buero-co/statistik-fuer-2020-zahl-der-maenner-in-bezahlter-elternzeit-leicht-gestiegen-17262432.html (30.7.2021).

Fröhlich, Tom/**Schönherr**, Michael, 2020: Treuhand - ein deutsches Drama, Mitteldeutscher Rundfunk, 10. März 2020.

Grunenberg, Nina, 2000: „Und was nun, Männer? " In: Die Zeit, 9.9.2000.

Hähnig, Anne/**Machowecz**, Martin/**Hensel**, Jana/**Schwarz**, Patrik, 2017: Bundestagswahl 2017: Vier gewinnt. In: Die Zeit, 2.3.2017. Internet: https://www.zeit.de/2017/10/bundestagswahl-2017-angela-merkel-sahra-wagenknecht-frauke-petry-katrin-goering-eckardt-glaube (30.7.2021).

Hensel, Jana, 2018: Mein Angela-Merkel-Gefühl. In: Die Zeit, 30.10.2018, Internet: https://www.zeit.de/2018/45/bundeskanzlerin-angela-merkel-staatsfrau-abschied (30.7.2021).

Hensel, Jana, 2019: Interview: ‚Parität erschient mir logisch'. In: Die Zeit, 27.1. 2019. Internet: https://www.zeit.de/2019/05/angela-merkel-bundeskanzlerin-cdu-feminismus-lebensleistung (30.7.2021).

Koelbl, Herlinde, 1999: Spuren der Macht. Die Verwandlung des Menschen durch das Amt. München: Knesebeck.

Kopplin, Martin, 2020: Frauen in Ost und West: Angleichung nach drei Jahrzehnten? In: Bürger und Staat. (1-2), 71-80.

Lang, Sabine, 2017: Gender Equality in Post-Unification Germany: Between GDR Legacies and EU-Level Pressures. In: German Politics 26, (4), 556-573.

Merkel, Angela, 2018: Rede von Bundeskanzlerin Merkel bei der Festveranstaltung "100 Jahre Frauenwahlrecht" am 12. November 2018. Internet: https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-bei-der-festveranstaltung-100-jahre-frauenwahlrecht-am-12-november-2018-1548938# (30.7.2021).

Miethe, Ingrid, 2005: Dominanz und Differenz. Verständigungsprozesse zwischen feministischen Akteurinnen aus Ost- und Westdeutschland. In: Schäfer, Eva/ Dietzsch, Ina/Drauschke, Petra/ Peinl, Iris/Penrose, Virginia/Scholz, Sykla/Völker, Susanne (Hg.): Irritationen Ostdeutschland: Geschlechterverhältnisse seit der Wende. Münster, 218-234.

Mushaben, Joyce Marie, 1989: Feminism in Four Acts: The Changing Political Identity of Women in the German Federal Republic. In: Merkl, Peter (Hg.): The Federal Republic at 40. New York, 76-109.

Mushaben, Joyce Marie, 2017: Becoming Madam Chancellor. Angela Merkel and the Berlin Republic. Cambridge UK.

Mushaben, Joyce Marie, 2021: Against all Odds: Angela Merkel, Ursula von der Leyen, Anngret Kramp-Karrenbauer and the German Paradox of Female CDU Leadership. In: German Politics (im Erscheinen).

Rohnstock, Katrin (Hg.), 1994: Stiefschwestern: Was Ost-Frauen und West-Frauen voneinander denken. Frankfurt/Main.

Schönherr, Michael und Jacobs, Olaf, 2019: Ostfrauen – Wege zur Macht. Erhebung im Rahmen des Projekts „Ostfrauen" des Rundfunk Berlin Brandenburg und des Mitteldeutschen Rundfunks, 28. 02.2019, Internet: https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/03/studie-ostfrauen.file.html/Ostfrauen.pdf (30.7.2021).